

**„UNSERE**

**ALTERNATIVE**

**VISION FÜR EUROPA -**

**DIE ERSTEN 100 TAGE, UM EUROPA ZU VERÄNDERN“**



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament



## DIE ERSTEN 100 TAGE, UM EUROPA ZU VERÄNDERN

Gemeinsam haben wir eine Chance. Gemeinsam können wir Europa verändern und 500 Millionen europäischen Bürgerinnen und Bürgern eine neue Richtung bieten. Wir wollen ein anderes Europa: gerechter, sozial ausgewogen und demokratisch. Begnügen Sie sich nicht mit der Art und Weise, wie Europa heute geführt wird – es ist ein Europa, das zerfällt und Welten entfernt von seinen ursprünglichen Werten ist, auf Basis derer es einst gegründet wurde.

Sie haben die Wahl. Im Mai 2014 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt und das Ergebnis wird darüber entscheiden, wer die neue EU-Kommission führt.

### **Europa funktioniert nicht – wir müssen es wieder auf Kurs bringen**

Die weltweite Krise hat nicht nur zu Bankenpleiten geführt. Sogar die Staaten selbst haben unter den Auswirkungen der Bankenkrise gelitten, durch die Tausende ihre Jobs und ihre Ersparnisse verloren haben. Die Europäische Kommission hat die einseitige Sparpolitik mit solcher Härte durchgesetzt, dass wir nun massive Proteste auf den Straßen sehen, dies vor allem in Südeuropa. Die jüngere Generation ist von der Krise am härtesten getroffen worden. Die Jugendarbeitslosigkeit hat ein Niveau erreicht, das niemand vor einigen Jahren für möglich gehalten hätte.



## **Eine andere Vision für Europa – progressiv und sozial ausgewogen**

Das Europa von heute zerfällt und ist in einem Zustand der Hoffnungslosigkeit. Zahlreiche Bürger verlieren das Vertrauen in das europäische Projekt. Das europäische Sozialmodell, das auf Solidarität und Zusammenarbeit beruht, wird angegriffen. 50 Jahre Frieden, die die EU gebracht hat, reichen nicht mehr aus, um die Schwächen bei der Bewältigung der Probleme auszugleichen, mit denen die Menschen heute konfrontiert sind.

Wir begrüßen die ersten schwachen Anzeichen einer Erholung, aber Europa ist noch immer tief in der Krise: wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch. Für uns beginnt die wirkliche Erholung erst, wenn die Beschäftigung zunimmt und die Menschen Arbeit haben, von der sie leben können.

Das langsame Wachstum, das in den nächsten Monaten und Jahren erwartet wird, wird nicht ausreichen, um die sozialen, psychologischen und gesundheitlichen Folgen der wirtschaftlichen Krise auszugleichen. Wir müssen die ungleiche Einkommensverteilung zurechtrücken und die Einkommensunterschiede zwischen Reichen und Armen, zwischen Männern und Frauen und zwischen Migranten und Nicht-Migranten verringern. Das erfordert eine Budget- und Steuerpolitik, die auf Gerechtigkeit beruht und die Schulden der EU-Länder senkt, indem diese Wachstum und Beschäftigung fördert.

Für unsere Allianz der progressiven Kräfte gehen soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Effizienz Hand in Hand. Wir kämpfen für ein Europa auf der Grundlage von Solidarität – zwischen den Ländern Europas und zwischen ihren Bevölkerungen.

## **Schluss mit der Sparpolitik**

Im gesamten Verlauf der Krise hat die Progressive Allianz der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament gegen die Kürzungsmanie der Konservativen bei den öffentlichen Dienstleistungen und Investitionen gekämpft. Wir haben eine andere, mehr zukunftsgerichtete politische Agenda angeboten. Wir haben durch unsere Arbeit im Europäischen Parlament auch begonnen, neue Regeln für den Finanzsektor aufzustellen. Dies wird die Instabilität verringern, unter der wir alle aufgrund der deregulierten Finanzmärkte gelitten haben. Aber es muss noch viel mehr getan werden, um unserer europäischen Wirtschaft wieder zu Stabilität, Wachstum und Beschäftigung zu verhelfen.

## **Reindustrialisierung Europas – eine Triebfeder für Wachstum und Beschäftigung**

Europa braucht eine industrielle Renaissance, um die Arbeitslosigkeit zu verringern und menschenwürdige, qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Strukturveränderungen sind notwendig. Die wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Welt sind jene, die Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen gemeinsam gefördert haben. Wir sind stolz auf Europas weltweit führendes Dienstleistungsgewerbe, aber wir brauchen ein besseres Gleichgewicht mit einem stärkeren industriellen Sektor. Wir fordern eine neue europäische Industriepolitik und eine Reindustrialisierung Europas, um nachhaltige Arbeitsplätze in neuen und bestehenden Unternehmen zu schaffen. Ein rasches Handeln bei der Jugendgarantie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist entscheidend. Die Konservativen akzeptieren

Massenarbeitslosigkeit als etwas, mit dem Europa lernen muss, zu leben – wir nicht! Unser Versprechen, Vollbeschäftigung wiederherzustellen, wird unsere höchste Priorität sein.

## **Wir können Europa nicht den Populisten und Nationalisten überlassen**

Wirtschaftliche und soziale Krisen führen oft zu politischer Radikalisierung und Extremismus. Wir brauchen eine klare Strategie, um Demokratie und bürgerliche Freiheiten zu schützen, die einen entscheidenden Teil unserer europäischen Identität ausmachen. Wir sehen in mehreren europäischen Ländern einen gefährlichen Anstieg populistischer Parteien, eine Diskriminierung von Minderheiten und eine Bedrohung der Grundrechte. Was noch besorgniserregender ist, ist dass einige ehemals anerkannte, etablierte konservative Parteien versucht haben, diese Tendenzen zu ihrem politischen Vorteil auszunutzen, und so die Demokratie und die Medienfreiheit gefährdet haben. Wir als Progressive stehen für ein Europa der Bürger, in dem wir uns alle zuhause fühlen können, und in dem jegliche Diskriminierung abgelehnt wird.

## **Ein demokratisches und verantwortliches Europa, dem seine Bürger vertrauen**

Die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der europäischen Werte müssen innerhalb der EU garantiert sein, in jedem Land und durch jede Regierung. Die Menschenrechte, die in der EU-Charta der Grundrechte verankert sind, sind in dem Europa, das wir errichten wollen, genauso wichtig wie sozialer, wirtschaftlicher oder ökologischer Fortschritt.

## Europa in der Welt – nur gemeinsam können wir stark sein

Zu viele europäische Entscheidungen werden hinter verschlossenen Türen von nationalen Staats- und Regierungschefs auf einer endlosen Reihe von EU-Gipfeln getroffen – ohne echte Rechenschaftspflicht auf nationaler oder europäischer Ebene. Diese antieuropäische und antidemokratische Tendenz muss aufhören. Die Mitgliedsstaaten müssen sich klar zu Europa bekennen. Natürlich ist das politische System der EU komplex und vielfältig. Aber es kann funktionieren, wenn wir es so anwenden, wie es ursprünglich vorgesehen war: als eine demokratische Institution, die nationale Interessen respektiert und, wo immer möglich, gemeinsame Interessen zum Wohle aller ihrer Bürger findet. Sei es in der Außenpolitik, im internationalen Handel oder bei der Klimapolitik – wir können nur dann eine Wirkung erzielen und die Welt verändern, wenn wir zusammenarbeiten.

## Ein verantwortlicher Rat!

Die neue EU-Kommission, die ihr Amt nächstes Jahr antreten wird, erwarten enorme Aufgaben. Erstmals wird ihr Präsident auf der Grundlage der Wahlen zum Europäischen Parlament bestimmt. Um die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir einen neuen Kommissionspräsidenten, der – wie einst Jacques Delors – Europa stark verpflichtet ist und eine klare Vision von einem sozial gerechten und demokratischen Europa hat.

Damit Europa funktioniert, ist auch eine verantwortungsbewusstere Vorgehensweise von Seiten des Ministerrates notwendig. Die Mehrheit im Rat und innerhalb der Kommission ist

von der neoliberalen Ideologie bestimmt und zwingt allen eine irreführende und kontraproduktive Sparpolitik auf, die die Europäische Union schwächt. Statt schon wieder auf eine schwache Kommission zu drängen, sollte der Rat den Mut und die Vision haben, eine Kommission zu ernennen, die als Motor für die Europäische Union auftritt. Wir erwarten von dem Rat und fordern ihn dazu auf, die fähigsten Kandidatinnen und Kandidaten auszusuchen und diese Auswahl innerhalb der Kandidaten zu treffen, die im Einklang mit dem Vertrag von Lissabon von den gewählten politischen Fraktionen vorgeschlagen wurden.

## Die ersten 100 Tage der zukünftigen EU-Kommission

Diese Veröffentlichung legt unsere Handlungsaufforderung an die neue EU-Kommission und ihre ersten 100 Tage im Amt dar. Wir heben drei Bereiche hervor, die dringender Veränderungen bedürfen: Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen, Reindustrialisierung und bürgerliche Freiheiten. Wir legen dar, was wir in den letzten Jahren erreicht haben, und sagen klar und deutlich, was noch getan werden muss.

Natürlich gibt es auch in anderen Politikbereichen viel zu tun: Außenpolitik, Klimawandel und vieles mehr. Wir werden in den kommenden Monaten unsere Standpunkte zu all diesen Bereichen darlegen.

Diese progressiven Vorschläge können Europa von einer rezessions-bedingten Wirtschaft und einer Gesellschaft der Hoffnungslosigkeit in eine wachstumsorientierte Wirtschaft und eine Gesellschaft der Hoffnung verwandeln. Wir haben eine Vision, um Europas Bürgerinnen und Bürgern dabei zu helfen, zu einem menschenwürdigen Leben zurückzukehren.

Als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion repräsentiere ich 194 sozialdemokratische Europaabgeordnete. Doch um in Europa wirksam zu sein, ist es wichtig, eine Koalition der progressiven Kräfte zusammenzubringen. In unserer Arbeit im Europäischen Parlament haben wir viel Erfahrung damit und nach den Wahlen sehen wir der Zusammenarbeit mit all jenen entgegen, die unsere Werte teilen und ein besseres, gerechteres Europa errichten wollen.

Sie haben die Wahl – Europa ist in Ihren Händen. Nutzen Sie diese Gelegenheit und machen Sie aus Europa einen lebenswerteren Ort für uns alle!



**Hannes Swoboda**  
Vorsitzender der  
Sozialdemokratischen Fraktion  
im Europäischen Parlament

4' 11"

4' 8"

4' 3"

**UNSER ZIEL: WETTBEWERBSFÄHIGKEIT  
UND REFORMEN MIT BESCHÄFTIGUNG  
UND SOZIALER GERECHTIGKEIT  
ZU VERBINDEN**

# 1. DIE KRISE ERHOLUNG, GERECHTIGKEIT UND WACHSTUM

In den fünf Jahren seit den Europawahlen 2009 hat sich die politische Landschaft verändert. Die Kluft zwischen links und rechts hat sich in Europa vergrößert – insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Denn es ist deutlich geworden, dass es zwei sehr unterschiedliche Sichtweisen gibt, wie man auf die weltweite Finanzkrise von 2008 und die darauf folgende Rezession reagieren soll.

## **Die Konservativen: harte Sparmaßnahmen, die Bürger zahlen.**

Durch ein rasches Eingreifen hat Europa im Jahr 2009 begonnen, aus der Rezession herauszukommen. Bis zum Frühjahr 2011 war die Arbeitslosigkeit um 700.000 zurückgegangen und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 3,7% gestiegen. Doch dann begann die Arbeitslosigkeit wieder zu steigen, und fast vier Millionen Menschen verloren zusätzlich ihren Arbeitsplatz. Was ist mit dem Aufschwung passiert? Europa hat von ‚Stimulus‘ auf ‚Austerität‘, von Anreiz auf Sparsamkeit umgeschaltet. Ein Land nach dem anderen hat sich entmutigen lassen und seinen Budgetgürtel enger gezerrt, auf Drängen der Konservativen und der Europäischen Kommission. Europas Aufschwung wurde durch die dogmatische Politik seiner konservativ dominierten Führung aufgehalten, während sich beispielsweise die USA weiterhin langsam aber stetig erholen.

Die Rechte hat sich dafür entschieden, die öffentlichen Ausgaben als das Problem zu behandeln. Sie hat eine toxische ‚Kur‘ mit immer mehr Sparpolitik verordnet, die die hart erkämpften Arbeits- und Sozialrechte ins Visier

nimmt, die die europäischen Bürgerinnen und Bürger beschützen. Der unvermeidliche Preis dieser Politik: Massenarbeitslosigkeit, eine stagnierende Wirtschaft und drastische Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und Sozialleistungen. Die Rechte hat die Interessen der Banken und der Finanzmärkte abgesichert, die den Crash verursacht haben, und die Kosten auf die Steuerzahler und die einfachen Bürger abgewälzt.

**Die Sozialdemokraten: Wachstum, Jobs, Nachhaltigkeit.** Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich kontinuierlich für eine andere Antwort auf die Krise und eine alternative Vision für die Zukunft Europas eingesetzt. Wir haben die der Krise zugrundeliegenden Ursachen betrachtet und eine alternative Strategie dargelegt, um diese Ursachen zu beheben und Europa

wieder zu Wohlstand und Gerechtigkeit zu führen. Wir werden dafür sorgen, dass die öffentliche Verschuldung Schritt für Schritt auf ein tragbares Niveau gesenkt wird und dass die Europäische Union ihre Aufgabe bei der Erhaltung solider öffentlicher Finanzen in vollem Umfang übernimmt, indem wir Wachstum und Beschäftigung fördern und Steuerhinterziehung bekämpfen.

Unsere Vision würde den nicht funktionierenden und eigennützigem Finanzsektor reformieren und regulieren und die sozialen Ungleichheiten einschließlich der zunehmenden Kluft zwischen arm und reich beseitigen, die zu der wirtschaftlichen Instabilität beigetragen haben. Auch würden wir die fehlerhafte Architektur des Euroraums als auch die wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse Europas neu gestalten.

“**STEUERHINTERZIEHUNG IST GESTOHLENES, ÖFFENTLICHES GELD, ENTGANGENES WACHSTUM UND BEDEUTET VERLORENE ARBEITSPLÄTZE. ES IST AN DER ZEIT, BETRÜGER UND STEUEROASEN ZU STOPPEN!**”



## UNSERE LEISTUNGEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT SEIT 2009

Seit den letzten Europawahlen 2009 werden das Europäische Parlament, die EU-Kommission und der Ministerrat weitgehend von der Rechten dominiert. Das hat unseren Kampf gegen das konservative Dogma der einseitigen Sparpolitik deutlich erschwert. Während Löhne, Sozialschutzsysteme und öffentliche Dienstleistungen immer wieder unter Beschuss gerieten, konnten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Millionen von Europäern, die den Kürzungswahn ablehnen, eine Stimme verleihen und zeigen, dass es ein anderes Europa geben kann als jenes Versagen, das wir in den letzten Jahren erlebt haben.

Unsere Leistungen sprechen für sich, und obwohl wir keine Mehrheit hatten, haben wir seit 2009 im Parlament zahlreiche wichtige Erfolge errungen und ein starkes, sozial gerechtes Europa verteidigt:

■ Mit ihrer entschlossenen Haltung zur **Finanztransaktionssteuer** hat die Sozialdemokratische Fraktion das Thema ganz oben auf die EU-Agenda gesetzt, als wichtige Massnahme, um die Exzesse der Finanzinstitutionen einzudämmen und sicherzustellen, dass sie ihren gerechten Anteil an den Steuern zahlen und die **Steuerlast der Öffentlichkeit verringern**. Wir haben eine wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben, um den wahren Nutzen des Systems zu messen. Wir haben die Unterstützung des Parlaments erhalten und geholfen, die Kommission dazu zu drängen, 2011 eine EU-weite Abgabe vorzuschlagen. Trotz einer heftigen Gegenlobby durch die Finanzbranche wurde die Finanztransaktionssteuer am 1. Januar 2014 eingeführt in elf von 28 EU-Mitgliedsstaaten eingeführt werden. Wir werden weiterkämpfen, bis alle 28 diese Steuer einführen.

■ Wir haben den **konservativ-liberalen wirtschaftlichen Konsens in Frage gestellt** und den **Kampf gegen die einseitige Sparpolitik** aufgenommen. Wir haben die Agenda bestimmt, indem wir drei unabhängige Wirtschaftsinstitute damit beauftragt haben, einen **Unabhängigen Jahreswachstumsbericht** zu erstellen. Unser Ziel war es, Raum für unabhängige Analysen zu schaffen und den Jahreswachstumsbericht der Kommission in Frage zu stellen, der den Eckpfeiler ihrer hartnäckigen Sparpolitik darstellt. Diese Studie hat gezeigt, dass eine alternative Wirtschaftsstrategie notwendig ist, um die Rezession zu beenden und Wachstum und Beschäftigung wiederherzustellen. Vor diesem Hintergrund haben wir die neuen EU-Haushaltsregeln erfolgreich geändert, damit sie helfen, Wachstum und Investitionen zu sichern.

FOTO OBEN: Reaktion auf die EU-Krise, Europäisches Parlament, Brüssel, 28. März 2012 Von links nach rechts, Paul Magnette (Vorsitzender der Sozialistischen Partei, Belgien), Harlem Désir (Erster Sekretär der Sozialistischen Partei, Frankreich), Hannes Swoboda (Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion, Europäisches Parlament) und Jacques Delors (Ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission)



- Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren die Vorreiter der Kampagne für eine **Europäische Jugendgarantie**, die helfen soll, die Katastrophe der ständig steigenden Jugendarbeitslosigkeit zu bewältigen. Im Februar 2013 hat der Rat schließlich sechs Milliarden Euro für die nationalen Regierungen zugestimmt, um diese Garantie für arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren zu schaffen. Das ist ein Anfang aber bei weitem nicht genug – laut der Internationalen Arbeitsorganisation sind mindestens 20 Milliarden Euro erforderlich. Wir werden nicht nachlassen, bis wir es schaffen.
- Lange vor dem Finanzcrash 2008, der die Welt in die Rezession gestürzt hat, schlugen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Alarm. Im Jahr 2007 haben wir einen Bericht veröffentlicht, der eine **bessere Regulierung des Finanzsektors**, insbesondere von Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften (Private Equity Firms), forderte. Nach dem Crash beharrten wir auf einer **Untersuchung der Ursachen und Konsequenzen durch das Europäische Parlament** und überzeugten die Abgeordneten, unseren äusserst kritischen Bericht anzunehmen. Seit 2009 treiben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Reformbemühungen voran. Trotz der zögerlichen Haltung der liberalen und konservativen Abgeordneten ist eine intensive Regulierungsarbeit geleistet worden. Zu unseren Erfolgen zählen die Regulierung der **Ratingagenturen**, Obergrenzen für **Bankerboni**, höhere Kapital- und Stabilitätsanforderungen für Banken, die Schaffung neuer **europäischer Aufsichtsbehörden** und Verbote oder Kontrollen für einige der riskantesten Spekulationspraktiken.
- Schon zu Beginn der Krise hat unsere Fraktion als Erste erkannt, dass eine stärkere europäische Wirtschaftskordinierung weit wirksamere **demokratische Kontrolle** erfordert. 2011 erhielten wir die Unterstützung des Europäischen Parlaments für einen sozialdemokratischen Bericht, der ein offeneres und stärker rechenschaftspflichtiges, wirtschaftliches Beschlussfassungssystem forderte.
- Wir haben keine Gelegenheit ausgelassen, uns für die Senkung der verheerenden Zinssätze für Staatsschulden einzusetzen, und wir waren die Ersten, die die Europäische Zentralbank aufgefordert haben, **die Finanzmärkte zu beruhigen**, indem sie klar macht, dass sie bereit ist, zu intervenieren. Im September 2012 hat die EZB schließlich nachgegeben und die hohen Kreditkosten gesenkt,

“**DAS EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSMODELL MUSS AUF DREI GRUNDSÄTZEN BERUHEN: WETTBEWERB, DER ANREGT; ZUSAMMENARBEIT, DIE STÄRKT; UND SOLIDARITÄT, DIE EINT.**”

Jacques Delors  
ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission

die in mehreren EU-Ländern die Krise verschärft hatten. Und wir haben eine zögerliche EU-Kommission erfolgreich gedrängt, die ersten Schritte zu einer Vergemeinschaftung der Schulden der EU-Länder zu nehmen, **um die Zinssätze zu senken** und den öffentlichen Geldbeutel vor Finanzspekulanten zu schützen.

- Die Sozialdemokratische Fraktion hat als Erste das skandalöse Thema **Steuerhinterziehung** und **Steuerbetrug** auf die EU-Ebene gehoben. Wir haben eine alternative Strategie festgelegt und im Februar 2012 eine Studie in Auftrag gegeben, die aufgezeigt hat, dass Steuerbetrug die EU-Regierungen und die Steuerzahler jährlich rund eine Billion Euro kostet – eine Zahl, die von der EU-Kommission und vielen anderen Organisationen aufgegriffen wurde. Dank dieses Drucks ist das Thema Steuerhinterziehung ganz oben auf der Agenda der G-20 und vieler Regierungen gelandet. Im Mai 2013 nahm das Europäische Parlament unsere radikalen Vorschläge für ein Durchgreifen gegen Steuerhinterziehung, Steuerflucht und **Steueroasen** an, die den Steuerbetrug bis 2020 halbieren sollen. Wir werden auch in dieser Frage zusammenarbeiten, um Steuergerechtigkeit zu erreichen.

“**IN EINIGEN EÜROPÄISCHEN LÄNDERN KANN JEDER ZWEITE JUGENDLICHE KEINE ARBEIT FINDEN. DIE TALENTE EINER GANZEN GENERATION VON AUFGEWECKTEN, JUNGEN MENSCHEN WERDEN VERGEUDET**”



## UNSERE PRIORITÄTEN FÜR 2014 UND DANACH

### **Ein Europa der Demokratie, des Wachstums und der Gerechtigkeit.**

2014, wenn ein neues Europaparlament und eine neue EU-Kommission ihr Amt antreten, wird Europa sechs Jahre vergeudet haben, versunken in Rezession und Stagnation als Ergebnis einer fehlgeleiteten und spaltenden Wirtschaftspolitik. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im nächsten Parlament werden von der neuen Kommission dringliche Maßnahmen einfordern, um Europas Wirtschaft auf den richtigen Kurs zu bringen.

**Europäische Wirtschaftspolitik rechenschaftspflichtig machen.** Wir fangen bei der demokratischen Rechenschaftspflicht an, weil ein großer Teil der Schuld für Europas sechs vergeudete Jahre an der geheimen und undemokratischen Entscheidungsfindung liegt. Um bessere Entscheidungen zu erreichen, müssen wir die wirtschaftliche

Steuerung Europas einer demokratischen Kontrolle unterwerfen.

**Die Abschaffung der Troika** ist der erste entscheidende Schritt in Richtung einer demokratischen EU. Seit 2010 hat eine ‚Troika‘ aus verantwortungslosen Beamten der EU-Kommission, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank – gesteuert vom Europäischen Rat – Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen, Sozialleistungen, Jobs und Löhnen gefordert.

Zu viel europäische Wirtschaftspolitik wird hinter verschlossenen Türen durch den Ministerrat oder durch Beamtenausschüsse gemacht. Wir brauchen **eine demokratische und öffentlich diskutierte Beschlussfassung** mit einer starken Stimme für das Europäische Parlament und mehr parlamentarische Kontrolle auf nationaler Ebene.

### **Arbeitsplätze und Wachstum**

wiederherstellen. Die neue Kommission muss **Beschäftigung in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik stellen**, mit Vollbeschäftigung als zentralem Ziel der EU-Wirtschaftskoordination und mit einer integrierten, aktiven Beschäftigungspolitik.

Die **Europäische Jugendgarantie**, die gewährleistet, dass Jugendlichen binnen vier Monaten nach dem Verlust des Arbeitsplatzes eine hochwertige Anstellung, Ausbildung oder Weiterbildung angeboten wird, sollte auf alle jungen Personen unter 30 Jahren ausgeweitet werden. Eine angemessene finanzielle Unterstützung und Standards für Praktika und Lehrverhältnisse sind dringend erforderlich, ansonsten werden wir eine ganze Generation im Stich lassen.

# “ EIN EUROPA DER SOLIDARITÄT, DER INVESTITION UND DES NACHHALTIGEN WACHSTUMS IST VON VORTEIL FÜR ALLE. ”

Europa braucht eine **ausgewogene Investitionsstrategie**. Unabhängige Studien zeigen, dass die Regierungen jährlich 80 Milliarden Euro zusätzlich in Wachstum und Beschäftigung investieren könnten, sogar mit den derzeitigen Haushaltsregeln. Die neue Kommission sollte Investitionen fördern, indem sie ihnen einen Sonderstatus verleiht, und den Regierungen einen Anreiz bietet, Geld vernünftig auszugeben.

Eine weitere wichtige Aufgabe für die neue EU-Kommission wird es sein, Vorschläge für eine **Reform der Europäischen Zentralbank** (EZB) vorzulegen. Die Entscheidungen der EZB haben tiefgreifende Auswirkungen auf die finanzielle Stabilität, die Zinssätze, den Wert des Euro und auf die Beschäftigung gehabt. Aber derzeit hat sie nur ein einziges Ziel – die Preisstabilität – und ist keiner gewählten Kompetenz gegenüber verantwortlich.

Wir wollen Fortschritte bei den **Eurobonds** zur Vergemeinschaftung der Schulden und zur Verringerung der finanziellen Anfälligkeit sehen. Das würde sowohl den schwächeren als auch den stärkeren EU-Wirtschaften Vorteile bringen, die Kosten der öffentlichen Kreditaufnahme reduzieren und die Instabilität der Finanzmärkte verringern.

Laut aktueller Kenntnisse tragen die EU-Ausgaben zu einer Verschlimmerung des Auf und Ab des Wirtschaftszyklus bei, indem in

guten Jahren mehr und in schlechten Jahren weniger ausgegeben wird. Wir werden auf die Schaffung einer Finanzreserve von rund 1% des Bruttoinlandsprodukts dringen, um den **Schutz Europas vor wirtschaftlicher Instabilität zu stärken**.

Wir werden hartnäckige Hüter der öffentlichen Gelder sein, der Verschwendung den Kampf ansagen und die Ausgaben so lenken, dass wir das Beste für Europas Bürger erreichen.

**Ein sozial gerechteres Europa schaffen.** Europas Rezession ist durch irreführende, konservative Staats- und Regierungschefs verlängert und verschärft worden, die die Kürzung öffentlicher Ausgaben als die Antwort auf alle Probleme sehen und so die Zuversicht der Bürger weiter gedrückt und ihre Kaufkraft verringert haben. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich für eine Wirtschafts-, Sozial- und Währungsunion mit einem **Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen und sozialen Zielen** und stärkeren Sozialrechten eingesetzt.

Wir wollen einen **sozialen Fortschrittspakt**, der den Stabilitäts- und Wachstumspakt ergänzen soll – einschließlich eines Anzeigers für **Beschäftigungs- und Sozialindikatoren** und Vergleichs- und Bezugspunkten (Benchmarks) für die EU-2020-Strategie für Wachstum. In das

„Europäische Semester“ (das Forum der EU für wirtschaftliche Koordinierung) sollten sozialpolitische Zielvorgaben aufgenommen werden, einschließlich des Ziels „bessere Arbeitsplätze“. Zu diesem Zweck soll der EU-Index für menschenwürdige Arbeit verwendet werden, an dessen Erstellung die Sozialdemokratische Fraktion mitgewirkt hat. Wir werden weiter für eine Sozialcharta zur Sicherung der Arbeits- und Bürgerrechte, für einen intensiveren Dialog zwischen den Gewerkschaften, den Unternehmen, der Regierung und der Zivilgesellschaft und für einen eigenen Eurozonen-Rat für soziale Belange kämpfen.

Eine der dringlichsten Prioritäten Europas muss die **Bekämpfung der Armut** sein. Die Kommission muss eine Strategie für die **Beseitigung der Kinderarmut** entwickeln, die durch verbindliche EU-weite Ziele im Europäischen Semester, dem politischen Koordinierungssystem der EU, gestützt wird. Unsere Vision ist ein EU-weiter Sozialschutz, der den **allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung**, Einkommensuntergrenzen und soziale Rechte garantiert, die die Menschen grenzüberschreitend beschützen.

Neben der sozialen Unterstützung wollen wir auch einen EU-Rahmen für **existenzsichernde Löhne**, der die Mitgliedsstaaten verpflichtet, dafür zu sorgen, dass alle Vollzeitbeschäftigten und Vollarbeitnehmer – per Gesetz oder durch Tarifvereinbarungen – ein Einkommen über der Armutsgrenze erhalten. Dies mit Pro-Rata-Garantien für Teilzeitarbeiter. Wir rufen nach Vorschlägen für ein **EU-Unterstützungssystem für Kurzarbeitslosigkeit**, um ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gewährleisten, die von einem Konjunkturabschwung betroffen sind.

Eine gleiche Entlohnung ist ein weiteres großes Anliegen, und wir würden von den Mitgliedsstaaten verlangen, das **Lohngefälle zwischen Männern und Frauen jährlich um zwei Prozent zu verringern**.

**Arbeitsbedingungen** sind kein Luxus, den man in harten Zeiten einfach opfern kann, sondern ein Grundrecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir wollen die Arbeitszeitrichtlinie überarbeiten, damit die **Gesundheits- und Sicherheitsnormen** eingehalten werden. Wir würden außerdem Rechtsvorschriften einführen, um sicherzustellen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den gleichen Rechtsschutz genießen, unabhängig davon, in welcher Branche sie arbeiten. Auf diese Weise würden wir auch skrupellose Praktiken bekämpfen, die unsichere Arbeitsplätze schaffen, einschließlich der Untervergabe von Aufträgen, Scheinselbständigkeit, Null-Stunden-Verträge und Missbrauch von Zeitarbeit. Die Arbeitnehmerrechte müssen sich auch auf die **Gleichbehandlung von Grenzgängern** erstrecken. Wir werden auf bessere Gesetze für gleiche Entlohnung und gleiche Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer drängen, die zu einem anderen Arbeitsplatz in der EU entsandt werden. Ziel ist es, die Aushöhlung der Gewerkschaftsrechte zu beenden und die Gefahr der Ausbeutung zu bekämpfen.

**Neugestaltung des Finanzsektors.** In Fortführung unserer bereits begonnen Reformen der Kultur und der Stabilität von Europas Banken würden wir Schritte zur **Umstrukturierung der Banken** unternehmen und die Tätigkeiten von Geschäftsbanken und von Investmentbanken streng trennen, damit eingegangene spekulative Risiken keine Gefahr für Sparer, Unternehmen und Steuerzahler darstellen. Wir müssen außerdem das

**Schattenbankensystem regulieren**, dessen intransparente Aktivitäten dabei halfen, die Risiken zu verbergen, die den weltweiten Crash 2008 verursacht haben.

Die EU kann eine aktive Rolle bei der Schaffung eines sichereren und stabileren Finanzklimas einnehmen. Wir wollen die Vollendung der europäischen **Bankenunion** sehen, mit einem einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus, einem Einlagensicherungsmechanismus zum Schutz der Sparer und einem Abwicklungs- und Sanierungsfonds für eine geordnete Schließung von zahlungsunfähigen Banken. Dieser soll nicht von den Steuerzahlern, sondern vom Finanzsektor finanziert werden. **Ratingagenturen** dürfen nicht mehr einen unangemessenen und oft negativen Einfluss auf die Märkte haben. Wir würden eine unabhängige, öffentliche europäische Ratingagentur schaffen, um eine Alternative zu den US-Agenturen zu bieten, deren Fehler zur globalen Finanzkrise beigetragen haben.

**Hartes Durchgreifen gegen Steuersünder.** Steuergerechtigkeit ist eine dringliche Priorität, und wir fordern, dass die Kommission sich zu unserem Ziel verpflichtet, die **Steuerhinterziehung bis 2020 zu halbieren**. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht die EU eine klare Strategie. Dafür muss es eines der Ziele der wirtschaftlichen Koordinierung werden.

Wir werden uns für die **Einführung gemeinsamer Regeln für die Besteuerung von Unternehmen** einsetzen, um den derzeitigen Dschungel im Steuerrecht zu vereinfachen, die Möglichkeiten der Steuervermeidung für multinationale Konzerne zu verringern und die Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage zu verhindern. Mit einem einheitlichen Regelwerk für die gesamte EU wird es selbst bei

unterschiedlichen Steuersätzen einfacher für die Unternehmen, aber schwieriger für die Steuersünder. Eine weitere Priorität wird es sein, stärker gegen **Steueroasen vorzugehen**. Die EU braucht ein Gesetz, das eine klare Definition festschreibt, damit Steueroasen ermittelt werden können. Sie braucht außerdem eine öffentliche, europäische "Schwarze Liste" der Steueroasen, damit das Problem durch politischen und wirtschaftlichen Druck isoliert und beseitigt werden kann. Und schließlich werden wir dafür kämpfen, **Maßnahmen gegen unseriöse Finanzberater** zu ergreifen. Wir werden auf Regeln drängen, um Finanzinstituten und Beratern, die Beihilfe zum Steuerbetrug leisten, die Banklizenz zu entziehen. Wir wollen dafür sorgen, dass sie keinen Zugang zu Finanzmitteln, staatlichen Beihilfen und öffentlichen Aufträgen von der EU erhalten.



**EIN NEUSTART  
FÜR DIE EUROPÄISCHE INDUSTRIE –  
EIN MOTOR FÜR BESCHÄFTIGUNG  
UND WACHSTUM**

## 2. EUROPAS INDUSTRIE – ERNEUERUNG, INNOVATION, NACHHALTIGKEIT

Die EU-Industrie macht rund 75% der europäischen Exporte und ein Drittel aller Arbeitsplätze aus. Sie bietet rund 57 Millionen Menschen eine Lebensgrundlage und ist für 80% der Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung verantwortlich. Bei Berücksichtigung des Anstoßeffekts, wonach jeder Arbeitsplatz in der Industrie ungefähr zwei zusätzliche Arbeitsplätze in anderen Bereichen schafft, ist ihr Einfluss auf die Beschäftigung noch größer.

Aber eine tiefe Krise hat die europäische Industrie hart getroffen, deren Bedürfnisse in den letzten Jahrzehnten allzu oft zugunsten von Dienstleistungen – und vor allem des Finanzsektors – vernachlässigt wurden. Die europäische Industriepolitik wurde zum Opfer der irrigen Idee, dass die Märkte sich selbst regulieren sollten. Die von den europäischen Ländern ergriffenen Maßnahmen waren zumeist auf Feuerwehreaktionen beschränkt. Darüberhinaus hat Europa keine proaktiven Strategien für diejenigen Industrien gehabt, die auf zukunftsgerichteten Analysen und grenzübergreifender Koordinierung basieren.

**Europas Zukunft dreht sich nicht nur um Kostensenkungen.** Oft steckt eine einzige Idee hinter der Industriepolitik, nämlich die Senkung der Arbeitskosten im Namen der Wettbewerbsfähigkeit. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind aber nicht nur ein Kostenfaktor: Sie können auch Antriebskräfte für Innovation sein, und das ist die wahre Grundlage der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Es hat keine Zukunft, zu versuchen, die Lohnkosten unserer

globalen Wettbewerber zu unterbieten. Investitionen in Menschen sind entscheidend, gemeinsam mit dynamischem Management, flexibler Organisation, intelligenterem Arbeiten und verbesserten Arbeitsbedingungen.

Wir brauchen einen neuen Ansatz für die Rolle des Staates. Staatliche Unterstützung beispielsweise kann nicht nur als Frage des Wettbewerbsrechts betrachtet werden. Sie sollte genutzt werden, um Innovationen und neue Produkte zu fördern und zu helfen, unerlässliche Umstrukturierungen zu bewältigen, etwa durch Umschulung und anderweitige Verwendung von Beschäftigten. Die für die Modernisierung und Erneuerung der europäischen Industrie erforderlichen Fähigkeiten und Qualifikationen sind Mangelware. Es braucht mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung.

In den nächsten Jahren müssen die Ausgaben für öffentliche und private Forschung in der EU deutlich erhöht werden, insbesondere für Projekte mit hohem Risiko und zukunftsweisende Projekte sowie für kleinere und mittlere Unternehmen. Verwaltungsverfahren, speziell für den Zugang zur Forschungsförderung, müssen vereinfacht werden.

**Maßnahmen für Umgestaltung und Nachhaltigkeit.** Um eine nachhaltigere Wirtschaft aufzubauen, muss Europa einen besonderen Schwerpunkt auf neue Möglichkeiten zur wirksameren und nachhaltigeren Nutzung von Energie und Rohstoffen setzen.

Europa benötigt eine stärkere, besser koordinierte und technologieneutrale Politik für führende Branchen wie die Umweltindustrie, die bereits 3,5 Millionen Menschen beschäftigt und mit einem Umsatz von 300 Milliarden Euro im Jahr 50% des Weltmarktes ausmacht. Um traditionellen Industrien wie Stahl, Chemie, Energie, Auto- und Schiffsbau zu helfen, einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen, sind spezielle Innovationsstrategien notwendig. Wir wollen eine enge Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Interessensgruppen, um Investitionen und Produktion in Europa zu erhalten und auszubauen.

**Eine faire Handelspolitik, die angemessene Sozialstandards einschließt.** Zukünftige Handelsabkommen sollten auf eine industrielle Strategie zugeschnitten sein, die auf fairem Wettbewerb und nachhaltiger Entwicklung beruht. Die Handelsvereinbarungen müssen hohe Sozial-, Unternehmens- und Umweltstandards setzen, zu denen auch der Schutz vor Sozialdumping und die Achtung der Grundrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zählen, wie von der Internationalen Arbeitsorganisation dargelegt.



## UNSERE LEISTUNGEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT SEIT 2009

“**WISSEN KENNT KEIN ALTER  
UND EUROPA MUSS IN  
LEBENSLANGES LERNEN  
INVESTIEREN**”

- Die Sozialdemokratische Fraktion hat einen ehrgeizigen und umfassenden Bericht über die **Industriepolitik** verfasst und vorangetrieben, der im Jahr 2011 vom Europäischen Parlament angenommen wurde. Der Bericht argumentierte, dass das verarbeitende Gewerbe in Europa unerlässlich für gute Jobs und eine sichere Wirtschaft ist, und ging auch auf die Themen Klimawandel, demographische Veränderungen, globaler Wettbewerb und Ressourcenknappheit ein.
- Wir waren aktiv im Bereich der **Energiepolitik** und haben hart gearbeitet, um ein verbindliches Ziel von **20% an erneuerbaren Energien bis 2020** zu erreichen. Wir haben für starke Maßnahmen in der **Energieeffizienzrichtlinie** gekämpft und durchgesetzt, dass die Energieversorger bis 2020 jedes Jahr 1,5% kumulative Einsparungen durch Energieeffizienz erreichen müssen.

FOTO OBEN: Sozialdemokratische Europaabgeordnete bei der Abstimmung im Plenum, Straßburg



- Die S&D Fraktion hat einen **alternativen Energiegipfel** veranstaltet, bei dem die Argumente für eine gemeinsame EU-Energiepolitik dargelegt wurden, und mehr Ehrgeiz gefordert wurde, um die ‚20-20-20‘-Ziele für Emissionen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu erreichen.
- Wir haben ehrgeizige Ziele und Maßnahmen in einen Parlamentsbericht über den Aufbau einer **Innovationsunion** eingebracht, die die Kreativität bei Produkten, Dienstleistungen und Verfahren anregen soll.
- Als die EU das **Telekom-Paket** verabschiedete, hat unsere Fraktion klare Regeln und ein faires Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen der Telekombranche und der Verbraucher gesichert.
- Bei dem Langzeitprogramm **Horizont 2020**, das den Rahmen für die EU-Forschungsausgaben festlegt, hat die Sozialdemokratische Fraktion für ein **starkes Siebenjahresprogramm** gekämpft, um Forschung und Entwicklung abzusichern.
- Während der gesamten Arbeit des Parlaments seit 2009 hat unsere Fraktion eine Schlüsselrolle dabei gespielt, ein gutes Gleichgewicht zwischen den Umwelt-, Sozial- und Industrieaspekten der EU-Gesetzgebung zu sichern. In der **Verordnung über CO<sub>2</sub>-Emissionen von Lastwagen** beispielsweise haben wir die Entwicklung von grünen Technologien unterstützt, um Arbeitsplätze zu schaffen und den europäischen Herstellern einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen.
- Die Sozialdemokratische Fraktion hat auch bei Verhandlungen über andere Themen die Entwicklung einer nachhaltigen

Industrie im Auge behalten, etwa bei der **Richtlinie über die Verwendung gefährlicher Substanzen in Elektro- und Elektronikgeräten** oder bei der **Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE)**. Wir sind in dieser Richtung immer noch führend, durch unsere aktive Rolle in der neuen **Richtlinie zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen** (Seveso-III-Richtlinie).

“**DER AUSBAU DER RECYCLINGBRANCHE UND INVESTITIONEN IN DIE RESSOURCENEFFIZIENZ ERZEUGEN ARBEIT, VERRINGERN DIE ABHÄNGIGKEIT UND STÄRKEN DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT**”

Tedd fel kérdéseidet

Használd a következő hashtag-et:  
#RelaunchEU



RELAUNCHING  
EUROPE

EIN  
EUROPÄISCHER  
NEUSTART  
Chancen Visionen für die Zukunft

POWERED BY  
S&D  
Forum der Wissenschaft, Politik und  
Sozialdemokratien  
Europäischer Rat



## UNSERE PRIORITÄTEN FÜR 2014 UND DANACH

“**DER SCHLÜSSEL  
ZU EUROPAS ZUKUNFT  
IST EINE INTELLIGENTE  
INDUSTRIEPOLITIK**”

**Eine neue Vision für die europäische Industrie.** Die Europäische Kommission, die 2014 ihr Amt antritt, wird die Chance haben, Europas Industriepolitik wieder zu beleben. Die durch den Finanzkollaps 2008 ausgelöste weltweite Rezession hat die Gefahren gezeigt, die ein blindes Vertrauen in die Kräfte des Marktes und eine unausgeglichene Wirtschaft, die Finanztechnik („Financial Engineering“) gegenüber echter Ingenieurtechnik bevorzugt, verursachen können. **Reindustrialisierung** muss eine **sektorenübergreifende** Priorität für die Europäische Union sein, wobei eine breite Palette von Politikbereichen über das traditionelle, enge Konzept von Industriepolitik hinaus neu durchdacht werden muss.

FOTO OBEN: Ein europäischer Neustart in Szeged (Ungarn), 3. Oktober 2013

Die neue Kommission wird die Möglichkeit haben, eine neue, industriefreundlichere Wirtschaftspolitik darzulegen, mit Maßnahmen, die Folgendes bewirken sollen:

- **Unterstützung** nachhaltiger Arbeitsplätze, dauerhaften Wachstums und nachhaltiger Investitionen auf nationaler Ebene und durch EU-Finanzierung.
- **Schaffung** eines echten Binnenmarkts mit gleichen Wettbewerbsbedingungen bei Besteuerung und Regulierung.
- **Neugestaltung** des Finanzsektors mit einer angemessenen Regulierung und einer Rückkehr zu seiner wahren Rolle, nämlich der Finanzierung der Realwirtschaft, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen.
- **Bildung** von Partnerschaften am Arbeitsplatz durch einen stärker ausgeprägten europäischen, sozialen Dialog.
- **Ausbildung** einer hoch gebildeten, qualifizierten und motivierten Arbeiterschaft.
- **Bewältigung** des industriellen Wandels und der Umstrukturierungen.
- **Modernisierung** der europäischen Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Verkehr, und Verbesserung der grenzübergreifenden Verbindungen und der Interoperabilität.
- **Förderung** einer ressourceneffizienteren Produktion.
- **Verbesserung** der Leistungen Europas im Bereich Forschung und Innovation.

## “DIE INDUSTRIE SPIELT EINE ZENTRALE ROLLE FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM UND MENSCHENWÜRDIGE ARBEITSPLÄTZE UND WIRD DIE BASIS UNSERER WIRTSCHAFTLICHEN ERHOLUNG SEIN”

**Ein Rahmen für die europäische Industrie.** Wir werden darauf bestehen, dass die Kommission eine klare Vision für die europäische Industrie bis 2020 darlegt. Das muss eine breit angelegte Strategie für **langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit** sein, mit Benchmarks und Zielvorgaben, um Fortschritte zu messen und zu kontrollieren. Besondere Beachtung muss europäischen Schlüsselindustrien gewidmet werden, die großen Herausforderungen gegenüberstehen, aber immer noch ein deutliches Geschäfts- und Beschäftigungspotenzial haben.

In den **Bereichen Informationstechnologie und Telekommunikation**, die entscheidend für die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit aller anderen Wirtschaftssektoren sind, wollen wir, dass die Kommission an der Schaffung eines europäischen digitalen Binnenmarktes arbeitet, um Effizienzgewinne zu erzielen und Innovationen zu fördern. Es gibt über vier Millionen Beschäftigte in der Informations-

und Kommunikationstechnologie in der EU (mit einem Wachstum von jährlich drei Prozent, sogar in der aktuellen Krise) und enormes Wachstumspotenzial im Telekommunikationsmarkt, das die europäische Wirtschaft ankurbeln könnte.

Die neue Kommission muss die Umsetzung des **Aktionsplans zur Förderung des Unternehmergeistes** mit neuer Energie angehen und besonders auf spezifische Gruppen wie Jugendliche, Unternehmerinnen und Unternehmer, neue Unternehmen und Benachteiligte abzielen.

Das derzeitige harte Wirtschaftsklima hat die Notwendigkeit in den Vordergrund gerückt, den industriellen Wandel auf konstruktivere Art und Weise zu bewerkstelligen. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen für ein Gesetz auf der Grundlage des Berichts über die industrielle Umstrukturierung aus dem Jahr 2013 kämpfen, den wir dem Europäischen Parlament vorgelegt haben. Darin werden eine bessere Planung und eine Anhörung bei Unternehmensschließungen und Standortverlegungen gefordert, mit mehr Mitteln für Ausbildung und Re-Investitionen.

#### **Finanzierung der Industrie sicherstellen.**

Unternehmen brauchen Zugang zu Finanzmitteln für Investitionen. Die Kommission muss daher Europa bei der Neuausrichtung und Regulierung seines Finanzsektors anführen, um produktive Investitionen anstelle von riskanten und gesellschaftlich nutzlosen Spekulationen zu fördern.

Die Kommission sollte diese Umstrukturierung des Finanzsektors mit einer großen Anstrengung begleiten, um durch den Einsatz von Finanzmitteln innovative Aktivitäten kleinerer Unternehmen und Genossenschaften zu unterstützen. Wir wollen eine **EU-**

**weite Bestandsaufnahme bewährter Praktiken** und verschiedene Finanzmittel und finanzielle Anreize. Die europäische Regelung für kleine Unternehmen („Small Business Act“) von 2008 muss rasch in die Tat umgesetzt werden, um ein besseres Klima zu schaffen, damit kleine Unternehmen starten und wachsen können. Die EU-Kommission sollte dafür sorgen, dass Genossenschaften Zugang zu verfügbaren EU-Fördermitteln haben, einschließlich der Europäischen Investitionsbank und dem Europäischen Investitionsfonds. Sie sollte **Projektanleihen** verwenden, um höhere Fördermittel für Innovation, Infrastruktur und Reindustrialisierung anzubieten, und **Kredite der Europäischen Investitionsbank**, um umweltverträgliche und nachhaltige Wachstumsprojekte zu finanzieren.

#### **Umgestaltung und Nachhaltigkeit.**

Wir wollen, dass die neue Kommission Pläne macht, um alle finanziellen Unterstützungen auf europäischer und nationaler Ebene für fossile Treibstoffe und ökologisch nicht nachhaltige Maßnahmen stufenweise zu beenden. Unser Ziel ist es, dass umweltfreundliche Hersteller und nachhaltigere Produkte und Dienstleistungen ermöglicht werden und in Wettbewerb treten können.

#### **Der EU-Aktionsplan für**

**Umwelttechnologie** aus dem Jahr 2004 war eine bahnbrechende Initiative, um Forschungs-, Umwelt- und Wirtschaftsstrategien zusammenzubringen, um Technologien für eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Kommission muss diese Initiative jetzt weiterverfolgen, um auf ihren Erfolgen aufzubauen, und produktspezifische Rechtsakte wie die **Ökodesign-Richtlinie** sollten weiterentwickelt werden. Die Kommission muss zudem dafür sorgen, dass der Aktionsplan **CARS 2020** ordnungsgemäß durchgeführt wird und fortgeschrittene

Fertigungstechniken gefördert werden, damit die Industrie sauberer und nachhaltiger wird.

Wir brauchen eine umfassende **Rohstoffstrategie**, die nicht auf die ‚kritischen Rohstoffe‘ beschränkt ist, auf die sich die derzeitige Kommission konzentriert. Wir brauchen zudem einen EU-Aktionsplan, um die **Ressourcenproduktivität** bis 2020 zu verdoppeln, einschließlich einer eventuellen Richtlinie für Ressourcenproduktivität und Ressourceneffizienz.

Die Kommission sollte außerdem darlegen, wie Europa das ehrgeizige und verbindliche Ziel erreichen soll, bis zum Jahr 2030 mindestens 45% seiner Energie aus **erneuerbaren Quellen** zu beziehen. Zu diesem Zweck wird sie auch durchsetzbare Energieeffizienzziele vorgeben müssen. Das würde teure Importe fossiler Brennstoffe verringern, unsere Energiesicherheit erhöhen und hochwertige Jobs in der EU schaffen.

Die ersten Prioritäten der Kommission sollten auch neue Vorschläge zur Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit und

der Koordinierung im Energiebereich umfassen, wozu auch die von Jacques Delors vorgebrachte Idee einer **Europäischen Energiegemeinschaft** zählt. Sie sollte den Weg für gemeinsame Einkäufe der EU bahnen, um bessere Konditionen für unsere Energieimporte zu erhalten. Darüberhinaus sollte sie ein kohlenstoffarmes, nachhaltiges Energiesystem fördern, das auf erneuerbarer Energie, Energieeffizienz und intelligenter Infrastruktur basiert.

**Eine wirksame Entscheidungsfindung in der Industriepolitik.** In der Vergangenheit beruhten europäische Bemühungen, um in Industriefragen zusammenzuarbeiten, häufig auf der ‚offenen Methode der Koordinierung‘ zwischen den Mitgliedsstaaten. Bei dieser hängt alles von Maßnahmen nationaler und örtlicher Behörden ab. Über 20 Jahre Erfahrung haben die Grenzen dieses Systems aufgezeigt. Um die Reindustrialisierung in den Mittelpunkt unserer Prioritäten zu rücken, müssen wir die ‚Gemeinschaftsmethode‘ anwenden: eine klare, EU-weite Beschlussfassung mit gleichberechtigten Rollen für die nationalen Regierungen und das Europäische Parlament.

“**DIE INDUSTRIE STELLT JEDEN DRITTEN ARBEITSPLATZ IN DER EU BEREIT UND SCHAFFT DIREKTE BESCHÄFTIGUNG FÜR RUND 57 MILLIONEN MENSCHEN**”



**EUROPA BRAUCHT  
EINEN SOZIALPAKT  
FÜR GLEICHHEIT UND  
GERECHTIGKEIT**

# 3. EIN EUROPA DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER- GERECHTIGKEIT UND DEMOKRATIE

Die bürgerlichen Freiheiten sind das Herzstück des europäischen Projekts, und seit der Europawahl 2009 gibt es großartige Möglichkeiten, um Europa und seine Institutionen durch die Stärkung der Bürgerrechte seiner Bevölkerung näher zu bringen. Der Vertrag von Lissabon hat dem Europäischen Parlament größere Befugnisse verliehen, und die Sozialdemokratische Fraktion hat diese neuen Kompetenzen genutzt, um stetig für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu kämpfen.

Bedauerlicherweise wurden viele Chancen durch die rechte Mehrheit in den EU-Institutionen vergeudet, die zu glauben scheint, dass bürgerliche Freiheiten und Grundrechte ein Luxus für gute Zeiten sind. Wir sind gegenteiliger Ansicht: Europas blutige Geschichte lehrt uns, dass wir in schlechten Zeiten die europäischen Grundwerte der Toleranz, der Achtung der Menschenrechte und der Minderheitenrechte, der Nichtdiskriminierung, der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Gleichberechtigung mehr denn je verteidigen müssen.

**“WIR STEHEN FÜR EIN EUROPA DER TOLERANZ, SOLIDARITÄT UND INTEGRATION, GEEINT IN SEINER VIELFALT. WIR SIND STOLZ, DIE EUROPÄISCHE CHARTA DER GRUNDRECHTE ZU VERTEIDIGEN”**



PHOTO © M. Contes 2009

## UNSERE LEISTUNGEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT SEIT 2009

“**EUROPA  
IN DER  
WELT – NUR  
GEMEINSAM  
KÖNNEN WIR  
STARK SEIN**”

■ Wir haben hart gekämpft, um die **Personenfreizügigkeit** zu verteidigen, indem wir Verhandlungen geführt haben, um das **Schengen**-System in ein transparentes und wirklich europäisches System zu verwandeln – trotz der Versuche mehrerer konservativer Regierungen, es zu untergraben. Kontrollen der befristeten Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen wurden verschärft, um die Mitgliedsstaaten zu verpflichten, sich vorab zu beraten. Das wird gewährleisten, dass Migration von Nicht-EU-Staatsbürgern kein Vorwand für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen ist. Wir haben zudem die **Liberalisierung der Visabestimmungen** unterstützt, gleichzeitig aber auf umfassender, demokratischer Kontrolle und Prüfung auf europäischer Ebene beharrt. Gegen den Widerstand der Rechten haben wir eine

Vereinbarung für begrenzte Ausnahmen von der Visapflicht für den Westbalkan sichergestellt, um diese Länder näher an die EU heranzubringen und ihre Demokratien und Institutionen zu stärken.

■ 2010 haben wir eine Arbeitsgruppe zum Thema **Extremismus, Populismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit** eingerichtet, um den Anstieg der Rechtsextremen zu beobachten und zu analysieren und Wege zu finden, sie zu bekämpfen. Sie hat zur Sensibilisierung beigetragen und geholfen, Maßnahmen vorzuschlagen, darunter die **Budapest-Erklärung** der Fraktion, die Extremismus anprangert und den Kampf des Parlaments gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und **Hassverbrechen** unterstützt.

■ Angesichts der wirtschaftlichen Entbehrungen und der Zunahme der

FOTO OBEN: Demonstration des EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) zu dem Thema ‚Nein zur Sparpolitik‘ mit Teilnahme der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), 29. September 2009



populistischen und immigrantenfeindlichen Stimmung haben wir uns dafür eingesetzt, Möglichkeiten der legalen Migration bereitzustellen und eine positive Botschaft zur Einwanderung zu vermitteln. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten führten Verhandlungen über neue **Gesetze zur Beschäftigung und zur legalen Migration**, darunter die Richtlinie über Saisonarbeitnehmer, die Richtlinie über konzernintern entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Richtlinie über Studierende und Forscher. Diese Gesetze geben den Arbeitnehmern neue Rechte, sichern Arbeitsstandards innerhalb der EU, verhindern die Ausbeutung von Migranten im Niedriglohnsektor und sehen angemessene Sanktionen für Arbeitgeber vor, die Saisonarbeiter ausbeuten.

- Wir haben eine zentrale Rolle bei der Sicherung hoher Standards in **Asylgesetzen** gespielt, gegen Widerstand von Seiten der Rechten und innerhalb des Ministerrats. Wir waren besonders besorgt über die Not der Asylsuchenden nach dem Arabischen Frühling und dem brutalen Bürgerkrieg in Syrien. In langwierigen und schwierigen Verhandlungen haben wir sichergestellt, dass das im Juni 2013 verabschiedete Asylpaket enorme Verbesserungen für den Alltag von Asylbewerbern bringen wird und ein gerechteres, rascheres, konsequenteres und qualitativ besseres System in ganz Europa bietet.
- Wir haben uns aktiv für die Profilierung der **Grundrechte** eingesetzt. Unter Führung der Sozialdemokraten hat das Parlament kürzlich einen starken Bericht angenommen, der eine kohärente EU-Menschenrechtspolitik, eine wirksamere Antwort der EU auf Verletzungen der Rechte, der Demokratie und der

Rechtsstaatlichkeit (Artikel 7 des Vertrags über die Europäische Union) und einen **ständigen Anzeiger für Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundwerte** fordert. Wir haben zudem konsequent Druck auf die ungarische Regierung wegen ihrer jüngsten antidemokratischen Justizreformen und Verstöße gegen Rechte und Freiheiten ausgeübt, während die Fraktion der konservativen Europäischen Volkspartei weiterhin verteidigt, was nicht zu vertreten ist. Eine unabhängige Studie im Auftrag der S&D Fraktion half, die Bedrohung für die Demokratie und den Pluralismus in der EU zu dokumentieren und Möglichkeiten für deren Stärkung zu ermitteln.

- **Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter** stehen im Zentrum unserer Politik. Die Sozialdemokratische Fraktion war die treibende Kraft hinter der **Charta der Frauenrechte**, die 2010 von der Kommission festgeschrieben wurde. Wir haben Druck für die Annahme der Europäischen Schutzanordnung gemacht und dafür gesorgt, dass die Richtlinien über **Opferrechte** und **Menschenhandel** sich mit der Lage der Frauen befassen.
- Unsere Fraktion hat starke Prinzipien in Bezug auf **personenbezogene Daten**: Ihre Daten, egal in welcher Form, gehören immer Ihnen. Wir haben das Europäische Parlament zur Ablehnung des ersten Entwurfs des Abkommens zwischen der EU und den USA über das Geldüberweisungssystem SWIFT geführt, und danach führten wir die ersten Verhandlungen mit dem Rat und den USA nach dem Lissabon-Vertrag. Dabei haben wir wesentliche Verbesserungen erreicht, wie die **direkte Überwachung** der Extraktion und der Verarbeitung der Daten **durch die EU** und das Recht für

die EU-Bürger, über ihre Daten informiert zu werden. Wir haben uns auch für die Verbesserung des **Abkommens mit den USA über Fluggastdatensätze** eingesetzt, um angemessene Schutzmaßnahmen für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten, ihren Verwendungszweck und die Dauer ihrer Speicherung sicherzustellen.

- **Geistiges Eigentum und Urheberrecht** (Copyright) waren ein großes Schlachtfeld, und wir haben für eine ausgewogene Sichtweise gearbeitet, die die **Rechte der Urheber** ebenso respektiert wie die **Online-Rechte der Verbraucher**. Die Sozialdemokratische Fraktion war führend bei der Ablehnung von **ACTA** (das umstrittene Handelsabkommen gegen Marken- und Produktpiraterie), weil es unausgeglichen war und möglicherweise den Zugang zu generischen Medikamenten eingeschränkt hätte. Wir haben außerdem die Schaffung einer weltweiten Urheberrechtsbestimmung beeinflusst, um **sehbehinderten Menschen** Zugang zu Büchern und gedrucktem Material zu ermöglichen. Wir haben das **Europäische Patent** unterstützt, um die Kosten zu senken und Erfinder von Entwicklungen besser zu schützen, und spielten eine zentrale Rolle bei der Einrichtung einer **Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten an geistigem Eigentum**, um Europa vor Gefahren durch gefälschte Waren zu schützen.
- Wir haben den Kampf des Europäischen Parlaments für eine stärkere **demokratische Kontrolle** angeführt und ehrgeizige Ziele unterstützt, um die EU-Institutionen **transparenter und stärker rechenschaftspflichtig** zu machen. Darüberhinaus haben wir in einem neuen **Verhaltenskodex für Europaabgeordnete** hohe Standards

## “WIR BRAUCHEN EINEN SOZIALPAKT, UM DEN WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN VERFALL IN EUROPA ZU BEKÄMPFEN”

gesetzt. Wir haben auch die **Europäische Bürgerinitiative** unterstützt, um den europäischen Bürgerinnen und Bürger eine neue Möglichkeit zu geben, am demokratischen Leben der EU teilzunehmen: Gruppen, die eine Million Unterschriften sammeln, können von der EU-Kommission neue politische Initiative verlangen.

■ Wir haben hart gekämpft, um die **Bürgerrechte** zu verteidigen. Zu unseren Erfolgen in jüngster Zeit zählen unter anderem: der Beitritt der EU zur **Europäischen Menschenrechtskonvention**; Verbesserungen bei der Richtlinie über das **Recht auf Zugang zu einem Anwalt**, um Verdächtigen Mindestrechte in der ganzen EU zu garantieren; **der Europäische Haftbefehl**; neue Gesetze, um **grenzüberschreitende Reisen** für die Bürger einfacher zu machen; und Maßnahmen zur Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen in Zivilsachen wie **Erbschaften und Scheidungen**.

■ **Um EU-Bürger im Ausland zu schützen**, haben wir dafür gestimmt, ihnen Zugang zu Unterstützung von den diplomatischen und konsularischen Diensten eines jeden EU-Landes zu gewähren, wenn ihr eigenes Land dort über keinen derartigen Dienst verfügt. Wir haben dabei geholfen, den EU-Büros in Drittländern eine klare Rolle bei der **Koordinierung der Arbeit der nationalen Botschaften**

bei der Lastenteilung, Notfallplanung, Informationsbereitstellung und einigen konsularischen Aufgaben zu geben. Wir haben zudem eine Einigung über die Mindestvoraussetzungen gesichert, die EU-Mitgliedsstaaten respektieren müssen, wenn ein EU-Bürger in einem Drittland festgenommen wird.

■ **Verbrechen und der Schutz von Verbrechenopfern** sind wichtige Anliegen für uns. Wir haben Verhandlungen über Menschenhandel geführt und härtere strafrechtliche Sanktionen, eine stärkere Verpflichtung zum Schutz von Opfern, einen speziellen Schutz für Kinder, mehr Rechte auf rechtlichen Beistand, Unterstützung für Nichtregierungsorganisationen und eine Verpflichtung, durch Menschenhandel und Schmuggel erworbene Vermögenswerte einzufrieren und zu beschlagnahmen, erreicht. Wir haben auch mit Erfolg auf die Einsetzung eines parlamentarischen Sonderausschusses zur Bekämpfung von organisiertem Verbrechen, Geldwäsche und Korruption gedrängt. Wir haben die Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft für den Schutz der finanziellen Interessen der EU unterstützt. Außerdem haben wir ein Verbot der Kandidatur für das Europaparlament von Personen unterstützt, die wegen Korruption verurteilt wurden. Schließlich haben wir für die Abschaffung des Bankgeheimnisses in der EU gestimmt.



## UNSERE PRIORITÄTEN FÜR 2014 UND DANACH

### Ein Europa der Rechte und Freiheiten.

Jetzt und im nächsten Parlament werden die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sich weiterhin für die Werte der Demokratie, des Pluralismus, der Gleichberechtigung und die Rechte der Bürger einsetzen. Wir werden darauf bestehen, dass die nächste EU-Kommission eine progressive Agenda für die Unterstützung der Bürgerrechte verfolgen muss; ansonsten wird sie unsere Unterstützung verlieren.

Unsere oberste Priorität ist der Schutz der grundlegendsten Rechte, und wir werden den Druck aufrechterhalten, bis die **Europäische Charta der Grundrechte** in ganz Europa uneingeschränkt angewendet wird. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen auch ihren internationalen Verpflichtungen hinsichtlich der Grundrechte nachkommen: Wir wollen, dass die

“**DER KAMPF GEGEN  
ALLE ARTEN VON  
DISKRIMINIERUNG MUSS  
FORTGESETZT WERDEN.  
POLITISCHE ERMÄCHTIGUNG  
UND TEILHABE VON  
MINDERHEITEN AUF ALLEN  
EBENEN**”

FOTO OBEN: Besuch der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament in einem Roma-Dorf, Fântânele, Rumänien, Juni 2012

# “DAS WAHLRECHT UND DAS RECHT AUF STAATSBÜRGERSCHAFT SIND GENAUSO WICHTIG WIE DIE VERTEIDIGUNG DER SOZIALEN RECHTE UND DER STANDARDS FÜR ALLE”

Kommission ein “Scoreboard” einrichtet, um Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte zu überwachen.

Neue Vorschläge, um sicherzustellen, dass **Qualifikationen und Rechte** europaweit akzeptiert werden, würden der EU-Bürgerschaft einen noch größeren Wert verleihen. Einige Bereiche des Zivilrechts müssten ebenfalls harmonisiert werden, beispielsweise um zu ermöglichen, dass **Rechtsdokumente und Schutzanordnungen** EU-weit anerkannt werden.

Ein weiteres wichtiges Thema für uns ist der **Schutz der Daten und der Privatsphäre der Bürger**. Wir werden kämpfen, um sicherzustellen, dass die EU-Datenschutzgesetze klare Mindestnormen für die Verwendung und Vorratsspeicherung von Daten festschreiben und Rechtssicherheit für Einzelpersonen, Unternehmen und Regierungen schaffen. Wir werden auch darauf beharren, dass alle internationalen Abkommen – insbesondere das vorgeschlagene **Handelsabkommen zwischen der EU und den USA** – eine Datenschutzklausel beinhalten, die die Sicherheit der personenbezogenen Daten garantiert, genauso wie die EU derzeit auf Menschenrechtsklauseln beharrt. In Bezug auf das geistige Eigentum wollen wir, dass

künftige Vorschläge ein Gleichgewicht herstellen zwischen der öffentlichen Nachfrage nach freiem Zugang zur Kultur und der Notwendigkeit, die Rechte der Künstler und der Urheber zu garantieren.

**Demokratie und Öffentlichkeit der Verwaltung.** Die europäische Entscheidungsfindung offen und transparent zu machen ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass die EU demokratisch regiert wird und die Öffentlichkeit ihre Vertreter zur Verantwortung ziehen kann. Diesbezüglich drängen wir auf zwei entscheidende Gesetze: den Entwurf einer **Verordnung über den Zugang zu Dokumenten**, der weiterhin im Rat blockiert ist, und ein weiter gefasstes EU-Gesetz über die **Informationsfreiheit**. Dies beinhaltet Mindestnormen und Leitlinien für EU-Institutionen und nationale Behörden.

Unabhängige und aktive Medien sind für die Demokratie unerlässlich, und nach den jüngsten Bedrohungen für diese Freiheit in mehreren Mitgliedsstaaten wird die Sozialdemokratische Fraktion Gesetze verlangen, die Mindestnormen für **Medienfreiheit und Medienpluralismus** zu garantieren.

Die **Europäische Bürgerinitiative** muss den Einfluss, den wir erhofft hatten, erst noch

erreichen. Es muss möglich sein, dass sich Bürgerinnen und Bürger Gehör verschaffen und die politische Agenda mitbestimmen können. Die nächste Kommission muss die Hindernisse beseitigen, die verhindern, dass Initiativen angenommen werden und in Gesetze münden. Wir möchten auch mehr Finanzmittel für das Programm **Europa für Bürgerinnen und Bürger** sehen, das Projekte unterstützt, um die Menschen in die Entwicklung der EU einzubinden.

#### **Toleranz und Gleichberechtigung.**

Aufbauend auf den europäischen Grundwerten der Solidarität und der Menschenwürde sind wir der **Bekämpfung von Diskriminierung und Hassverbrechen** verpflichtet, sei es auf der Basis von ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung, Alter, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung. Wir wollen angesichts des zunehmenden Nationalismus und der Fremdenfeindlichkeit der Rechten die europäische Identität und Bürgerschaft entwickeln und die zugrundeliegenden sozialen Probleme ansprechen, die Verzweiflung und Radikalisierung nähren.

Eine umfassende EU-Strategie ist von entscheidender Bedeutung, und Fortschritte bei der **Antidiskriminierungs-Richtlinie**, die das Europäische Parlament schon vor den letzten Wahlen gebilligt hatte und die seit Jahren im Rat blockiert ist, sollten eine der ersten Prioritäten der Kommission sein.

Damit die bestehenden EU-Gesetze wirksam werden, müssen sie uneingeschränkt umgesetzt werden, um alle Formen der Diskriminierung zu umfassen. Mechanismen müssen eingerichtet werden, um Daten zu sammeln und das Problem zu beobachten. Der **Rahmenbeschluss des Rates** aus dem Jahr 2008 **zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit** durch strafrechtliche Sanktionen muss wirksamer

gemacht und auf geschlechtsbezogene Verbrechen ausgeweitet werden. Fragen der Diskriminierung müssen auch in anderen Bereichen der Gesetzgebung berücksichtigt werden, beispielsweise um sicherzustellen, dass das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle gilt und gleichgeschlechtliche Paare nicht ausschließt.

Die **Gleichberechtigung der Geschlechter** ist für ein starkes und modernes Europa unerlässlich. Wir arbeiten an zahlreichen Themen wie EU-Maßnahmen für mehr **Frauen in Unternehmensvorständen** und für die **Beseitigung des Lohngefälles zwischen den Geschlechtern**. Wir unterstützen das Übereinkommen des Europarates über **Gewalt gegen Frauen** und setzen uns für die **Richtlinie zum Mutterschaftsurlaub** ein, die der Rat blockiert hat. Im neuen Parlament werden wir weiter darum kämpfen, dass die sexuellen und reproduktiven Rechte, die entscheidend für die Freiheit und wirtschaftliche

Unabhängigkeit der Frauen sind, in das **Programm Gesundheit für Wachstum** für 2014-2020 aufgenommen werden. Das ist eine klare Trennlinie zwischen der Fraktion der konservativen Europäischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Fraktion.

Das Volk der **Roma** ist die größte Minderheit in der EU und diejenige Gruppe, die am meisten Diskriminierung erfährt. Um ihre Integration in die Gesellschaft sicherzustellen, müssen in folgenden Bereichen Maßnahmen ergriffen werden:

- **Bildung:** Möglichkeiten wie Stipendien, das Erasmus-Programm und Praktika in den EU-Institutionen.
- **Beschäftigung:** Alle Sektoren sollten ermutigt werden, Roma zu beschäftigen.
- **Anti-Diskriminierung:** Die nationalen Strategien zur Integration der Roma müssen wirksam angewendet werden.

“**WIR WOLLEN DIE EUROPÄER IN DEN MITTELPUNKT UNSERER TÄTIGKEITEN STELLEN UND DEN DIREKTEN DIALOG MIT DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN FÖRDERN. SIE SIND DIE HAUPTAKTEURE DER EUROPÄISCHEN DEMOKRATIE**”

■ **Einbeziehung:** Förderung einer besseren Zusammenarbeit zwischen Behörden und Roma-Gemeinschaften. Die EU sollte Programme für die Beteiligung von Roma an der Politik finanzieren.

**Eine positive Einstellung zu Migration, Asyl und Personenfreizügigkeit.** Die neue Kommission muss eine positive Haltung zur legalen Migration und zur Integration einnehmen, aber auch mehr Engagement für die Bewältigung der Probleme zeigen, die die Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen und auszuwandern oder Asyl zu suchen. Folgende Punkte werden zu unseren Prioritäten zählen: sicherstellen, dass die **Richtlinien über Saisonarbeiter und konzerninterne Entsendungen** angenommen und korrekt angewendet werden; es einfacher machen, **Visa** zum Arbeiten und für die berufliche Mobilität zu erhalten; das **Schengen**-Abkommen verteidigen, das grenzenloses Reisen in fast ganz Europa ermöglicht; und daran arbeiten, dass der Vorschlag für **intelligente Grenzen** abgelehnt oder zurückgezogen wird.

Wir werden dafür sorgen, dass die Kommission auf der Grundlage von Menschenrechten und Grundfreiheiten einen nachhaltigen Ansatz zum Thema

**Asyl** verfolgt. Dazu zählen Vorschläge zur Stärkung von Verfahrensgarantien, zum **Schutz von Schutzbedürftigen**. Ziel ist es, sicherzustellen, dass die EU-Länder ihren Verpflichtungen nachkommen. Das vor kurzem vereinbarte Asylpaket muss rasch in die Tat umgesetzt und von der Kommission beaufsichtigt werden.

Integration und eine inklusivere Vorstellung von Bürgerschaft müssen den Kern der europäischen Einwanderungspolitik bilden. Wir möchten mehr Chancen für Migrantinnen und Migranten und ihre Kinder sehen, um die **Bürgerschaft** zu erhalten und uneingeschränkt an der Gesellschaft teilzuhaben. Langfristig Aufenthaltsberechtigte sollten bei Kommunalwahlen das **Stimmrecht** haben. Wir wollen **integrierte Gemeinschaften aufbauen**, in denen Menschen mehrere Identitäten haben können: regional, national und europäisch. Sie sollten durch Arbeits- und Sozialrechte geschützt sein und Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung erhalten.

**Grenzübergreifende Gerechtigkeit und Sicherheit.** Die EU spielt eine Schlüsselrolle im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und die Korruption, die keine nationalstaatlichen Grenzen kennen. Wir

werden einen **Europäischen Staatsanwalt**, Maßnahmen für das **Einfrieren und die Beschlagnahme von Erträgen aus der organisierten Kriminalität** und eine Ausweitung der **Rechtshilfe** fordern, um sicherzustellen, dass die Stärkung des Strafrechts nicht den Schwächsten schadet. Wir wollen, dass jeder, der wegen Korruption verurteilt worden ist, fünf Jahre lang **von allen Ämtern ausgeschlossen** wird. Zudem muss **eine schwarze Liste von betrügerischen Unternehmen** erstellt werden, die von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen sind.

“**DERZEIT SIND 23% DER EUROPÄISCHEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER VON ARMUT ODER SOZIALER AUSGRENZUNG BEDROHT. WIR MÜSSEN EUROPA VERÄNDERN UND DEN MENSCHEN HOFFNUNG AUF EINE GERECHTE ZUKUNFT GEBEN**”



Fraktionssitzung der Sozialdemokraten, Europäisches Parlament, Straßburg

# ÜBER DIE SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION

Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D Fraktion) ist mit 194 Abgeordneten aus allen 28 EU-Mitgliedsstaaten die zweitgrößte politische Fraktion im Europäischen Parlament.

Wir stehen für eine integrative europäische Gesellschaft auf der Grundlage der Prinzipien Solidarität, Gleichheit, Vielfalt, Freiheit und Fairness. Wir fördern soziale Gerechtigkeit, Beschäftigung und Wachstum, Verbraucherrechte, nachhaltige Entwicklung, Finanzmarktreforemen und Menschenrechte, um ein stärkeres und demokratischeres Europa und eine bessere Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.



Jugendkonferenz der Fraktion, Europäisches Parlament, Brüssel, 6./7. Juni 2012



socialistsanddemocrats



socsanddems



socsanddems



TheProgressives

[www.socialistsanddemocrats.eu](http://www.socialistsanddemocrats.eu)

**S&D**

Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament